

SZ/BZ-Interview mit Nicole Frasch, Projektleiterin des Krankenhaus-Areals, und Böblingens Wirtschaftsförderer Dominic Schaudt

Vom Krankenhaus zum Technologiecampus

Im November 2024 hatten sich Landkreis und Stadt Böblingen auf den Rückkauf des rund zehn Hektar großen Krankenhaus-Areals an der Bunsenstraße geeinigt. Der Kaufpreis liegt bei 40 Millionen Euro. Wenn das neue Flugfeld-Klinikum voraussichtlich Ende 2028 seinen Betrieb aufnimmt, soll auf dem bisherigen Klinikgelände ein Technologie- und Innovationscampus entstehen. Darüber sprach die SZ/BZ mit Nicole Frasch, Projektleiterin des Krankenhaus-Areals, und Böblingens Wirtschaftsförderer Dominic Schaudt.

Was genau soll auf dem Krankenhaus-Areal entstehen – und was nicht?

Nicole Frasch: Aus dem heutigen Krankenhaus-Areal soll nach dem Umzug des Klinikums ein Gewerbegebiet mit besonderer, zukunftsfähiger Ausrichtung werden. Geplant ist ein Campus, auf dem Unternehmen, Forschung, Start-ups und Wissenschaft eng zusammenarbeiten. Als Stadt wollen wir dort nicht einfach Flächen verkaufen und abwarten, wer kommt. Unser Ziel ist ein Quartier mit einem klaren Schwerpunkt: digitale Technologien, Wissenstransfer und neue Geschäftsmodelle.

Welche Branchen oder Unternehmen will die Stadt für den Campus gewinnen?

Dominic Schaudt: Im Kern geht es um IT, Software und wissensintensive Dienstleistungen. Das passt zu Böblingen, weil die Stadt in diesen Bereichen schon heute stark ist. Interessant sind außerdem Unternehmen aus Feldern wie Künstliche Intelligenz, Cybersecurity, digitaler Produktion, Medizintechnik, Pharma, Kreislaufwirtschaft und moderner Mobilität. Dazu gehören auch Themen, die eng mit der Autoindustrie verbunden sind: autonomes Fahren, Connected Car, Batterietechnologie oder 3D-Druck. Kurz gesagt: Wir suchen Betriebe, die zur technologischen Stärke Böblingens passen.

Nicole Frasch: Die wirtschaftliche Transformation bietet eine große Chance, neue Impulse für die Fachkräftegewinnung, Unternehmensgründungen und nachhaltiges Wachstum zu setzen. Das Krankenhaus-Areal ist dafür eine zentrale innerstädtische Fläche mit rund zehn Hektar. Eine solche Möglichkeit gibt es für eine Stadt nicht oft.

Welche Rolle sollen bestehende Stand-

orte wie das Softwarezentrum, AI xpress oder das Herman Hollerith Zentrum spielen?

Dominic Schaudt: Diese Einrichtungen sind für Böblingen ein echter Vorteil. Der neue Campus soll nicht bei null anfangen, sondern an das anknüpfen, was bereits vorhanden ist. Das Softwarezentrum steht für die starke IT- und Softwarebasis der Stadt. AI xpress bringt Start-ups, Gründungs-ideen und Netzwerke ein. Das Herman Hollerith Zentrum verbindet Wissenschaft und Wirtschaft, etwa über Forschung, IT-Projekte und den Kontakt zu jungen Fachkräften. Die Idee ist, diese Standorte stärker miteinander zu verbinden.

Wie verhindert die Stadt, dass am Ende doch nur ein weiteres Gewerbegebiet mit modernem Etikett entsteht?

Nicole Frasch: Ein solcher Campus entsteht nicht dadurch, dass man ihn so nennt. Entscheidend ist, wer sich dort ansiedelt und wie die Akteure zusammenarbeiten. Dafür braucht es klare Kriterien und eine aktive Steuerung.

Es geht darum, Kontakte herzustellen, Kooperationen anzuschließen und Unternehmen, Forschung, Hochschulen und Stadtverwaltung zusammenzubringen. Vorstellbar sind auch z.B. ein Café und weitere gastronomische Angebote. Die Rückmeldungen von Interessenten sind in dieser frühen Projektphase jedenfalls sehr positiv.

Was passiert, falls sich die Inbetriebnahme des Flugfeld-Klinikums über das vierte Quartal 2028 hinaus verzögert?

Nicole Frasch: Der Zeitplan orientiert sich am Umzug des Klinikums. Wenn das neue Flugfeld-Klinikum den Betrieb aufnimmt, kann die Entwicklung des Krankenhaus-Areals richtig beginnen. Sollte sich das



Nicole Frasch und Dominic Schaudt vor dem Böblinger Krankenhaus.

Bild: Dettenmeyer

Klinikum verzögern, würde sich auch die Entwicklung des Campus verschieben.

Wann sollen Bürgerinnen und Bürger erstmals konkrete Pläne sehen können?

Nicole Frasch: Einen festen Termin gibt es dafür noch nicht. Konkreter wird es in den nächsten Planungsschritten, wenn städtebauliche Konzepte und Nutzungsideen vorliegen und das Bebauungsplanverfahren fortgeführt wird. Dann wird auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wichtig sein.

Wie fügt sich der geplante Campus in das Integrierte Stadtentwick-

lungskonzept Böblingens ein?

Dominic Schaudt: Der Campus ist eines der zentralen Zukunftsprojekte im Stadtentwicklungskonzept. Böblingen kann sich dadurch als Wirtschaftsstandort weiterentwickeln. Das Krankenhaus-Areal ist dafür eine der wichtigsten Flächen. Es geht also nicht nur um ein einzelnes Grundstück, sondern um die Frage, welches wirtschaftliche Profil Böblingen in den nächsten zehn bis 15 Jahren haben will.

Welche Auswirkungen hat das Projekt auf Verkehr, ÖPNV, Radverkehr und Parkraum rund um die Bunsenstraße?
Dominic Schaudt: Ein Verkehrskonzept

ist Teil eines städtebaulichen Konzepts und wird mit der Planung entwickelt. Klar ist: Ein Campus dieser Größe wird Verkehr erzeugen durch Beschäftigte, Besucher, Lieferverkehr und Veranstaltungen. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass der Verkehr im Vergleich zur heutigen Situation eher abnehmen wird. Zu einem guten Mobilitätskonzept gehören eine starke ÖPNV-Anbindung, sichere Radwege, eine sinnvolle Parkraumsteuerung, Sharing-Angebote und eine Verkehrsführung, die die umliegenden Wohngebiete nicht zusätzlich belastet.

Ist auf dem Areal auch Wohnraum geplant oder ausschließlich Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie?

Nicole Frasch: Im Mittelpunkt steht eindeutig der Technologie- und Innovationscampus. Wohnraum ist für das Krankenhaus-Areal nur in Kombination mit der Hauptnutzung vorgesehen. Temporäre Wohnformen für Studierende oder Doktoranden sind sogar Teil der Überlegungen.

Was haben die Böblingerinnen und Böblinger konkret von diesem Campus?

Dominic Schaudt: Im besten Fall bringt der Campus neue Arbeitsplätze, zusätzliche Steuereinnahmen, mehr Gründungen, bessere Kooperationen mit Forschung und Bildung und ein stärkeres Standortprofil für Böblingen.

Was wäre für Sie persönlich im Jahr 2035 ein Erfolg dieses Projekts?

Dominic Schaudt: Ein Erfolg wäre, wenn das ehemalige Krankenhaus-Areal ein lebendiger Ort ist: mit Unternehmen, Start-ups, Forschungspartnern, jungen Fachkräften und guten Arbeitsplätzen. Ein Standort, der Böblingen sichtbar nach vorne bringt.

Nicole Frasch: Böblingen soll als bedeutender Technologiestandort möglichst weit über die Region hinaus wahrgenommen werden. Idealerweise profitiert die ganze Stadt von diesem Campus. Wenn dort zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen und daraus Impulse für das Umland hervorgehen, wäre das ein großer Erfolg.

Daniel Krauter

Beitrag von Dr. iur. Alexander Sommer, Rechtsanwalt/Fachanwalt für Steuerrecht bei KMZ Kullen Müller Zinser in Sindelfingen

Noch ist die steuerliche Selbstanzeige uneingeschränkt möglich

Seit Jahrzehnten sichert die strafbefreiende steuerliche Selbstanzeige dem Fiskus entsprechend ihrem Sinn und Zweck neue Steuerquellen in Milliardenhöhe. Gleichzeitig ist sie für Bürger und Unternehmen, vom Einzelunternehmen bis zum DAX-Unternehmen, ein äußerst wichtiges Institut, um steuerliche Fehler ohne strafrechtliches Risiko zu berichtigen. Darüber informiert Dr. iur. Alexander Sommer, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht bei KMZ Kullen Müller Zinser in Sindelfingen.

Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler – auch und gerade im komplizierten deutschen Steuerrecht. Entgegen dem etwas naiven Blickwinkel der Politik ist die Selbstanzeige nicht nur etwas für reiche Kapitalanleger im Ausland, sondern wird tagtäglich auch in Rechts- und Steuerabteilungen von Unternehmen dringend benötigt. Ihre Mitarbeiter stünden ansonsten, häufig unverschuldet, oftmals mit einem Bein im Gefängnis. In der Praxis hat sich ihre Bedeutung in den vergangenen Jahren als gleichbleibend hoch erwiesen.

Gleichwohl hat die SPD aktuell in Gestalt von Bundesfinanzminister Lars Klingbeil, der am 27.04.2026 einen „Aktionsplan gegen Steuerkriminalität“ medienwirksam vorgestellt hat, die Selbstanzeige wieder an den Pranger gestellt. Ganz nach dem Motto der Linken: „Tax the rich“.

Auf einen Blick

KMZ Kullen Müller Zinser zählt mit 150 Mitarbeitern und Partnern zu den größten unabhängigen Kanzleien/Beratungsunternehmen in Deutschland. Seit über 40 Jahren betreuen Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater der KMZ-Gruppe interdisziplinär mittelständische private und kommunale Unternehmen aller Rechtsformen, Stiftungen und vermögende Privatpersonen.
Weitere Informationen: www.k-m-z.de

Offenbar möchte Klingbeil damit Punkte und Wählerstimmen sammeln, obwohl das Institut der Selbstanzeige ihm, gerade durch die Unternehmen, viel Geld einbringt. Gleichwohl hat die SPD bereits zu Beginn des letzten Jahrzehnts in Gestalt des damaligen Finanzministers Borjans in NRW mit dem Schwarzgeldbekämpfungsgesetz 2011 und dem Jahressteuergesetz 2015 schon einmal versucht, die Selbstanzeige abzuschaffen. Sie konnte nur durch erhebliche Verschärfungen und Verteuerungen zulasten der Bürger und Unternehmen gerettet werden. Beispielsweise wurden Zuschläge zu den eigentlichen Steuern und Zinsen „systemwidrig erfunden“, um doch noch die begehrte Straffreiheit zu erlangen.



Dr. iur. Alexander Sommer

Ferner wurde seinerzeit, auch im Zusammenhang mit dem davon rechtlich komplett zu unterscheidenden „Cum-Ex“-System der Banken, das mit dem Thema Selbstanzeige an sich nichts zu tun hat, die Verfolgungsverjährung auf 15 Jahre, letztlich aber auf 37,5 Jahre, verlängert. Mehr als ein Berufsleben! Häufig werden Steuerpflichtige und Verfolger in diesem Zeitraum auch nicht mehr leben.

Daher sollten alle, die über die Notwendigkeit einer solchen strafbefreienden Selbstanzeige nachdenken, nunmehr vor etwaigen Gesetzesänderungen durch das



Das Firmengebäude von KMZ Kullen Müller Zinser im Sindelfinger Mittelpfad.

Bilder: Dettenmeyer

Bundeskabinett beziehungsweise Finanzminister Klingbeil die Chance noch ergreifen. Viele haben im Jahr 2005 die äußerst entgegenkommende Steueramnestie versäumt. Aber im gegenwärtigen bundesweiten Klima, 20 Jahre später, kann es auch einem so bewährten Institut sprichwörtlich „an den Kragen gehen“. Dies wäre im Übrigen auch im Zusammenhang mit der Verpflichtung des Steuerpflichtigen zur Anzeige beim Erkennen von Fehlern in der Steuererklärung ohne vorherige Hinterziehung zu sehen.

Deutliche Verschärfung

Auch diese gesetzliche Möglichkeit ist seit dem 01.01.2025 gerade nach Betriebsprüfungen – der Verfasser hat darauf im vergangenen Jahr aufmerksam gemacht – deutlich verschärft worden. Nach Betriebs-

prüfungen wird nunmehr dem Steuerpflichtigen und seinem Berater auferlegt, bestandskräftige Feststellungen auch für die Folgejahre selbst schon quasi in voraussendendem Gehorsam zu korrigieren. Eine Aufgabe, die in der Vergangenheit zureifenderweise allein die Finanzverwaltung erfüllt hat.

Aber im Zusammenhang mit der Betriebsprüfung gibt es von den deutschen Finanzgerichten, genauer gesagt vom Bundesfinanzhof in München, auch gute Nachrichten: Er hat Mitte des vergangenen Jahres die Richtsatzsammlung des Bundesfinanzministeriums, die Schätzungsgrundlagen beziehungsweise Richtsatzwerte für nahezu sämtliche Branchen beinhaltet, insbesondere auch für Gastronomie oder Handel, aufgrund schwerwiegender Fehler bei ihrem Zustandekommen gewissermaßen abgeschafft. Dies geschah aufgrund der Tatsache, dass keine echte Stichpro-

benauswahl vonseiten der Finanzbehörden über alle Bundesländer gewährleistet war, sondern sich die Finanzverwaltung gewissermaßen die besten Betriebe ausgesucht hat. Verlustbetriebe waren gar nicht berücksichtigt.

Aufgrund dieser unerwarteten, stets spannenden Ereignisse im Steuerrecht sollte derjenige, der eine Selbstanzeige, aus welchem Grund auch immer, erwägt, diese zeitnah vornehmen. Immerhin beruhen 10 Prozent aller steuerlichen Strafverfahren pro Jahr statistisch gesehen auf einer Selbstanzeige und damit auf freiwilliger Mitwirkung des Steuerpflichtigen. Die dadurch entstehenden Mehrsteuern liegen im Milliardenbereich. Also für den Staat etwas durchaus Positives, was vielleicht auch Herr Finanzminister Klingbeil bei näherer Befassung mit dem Thema erkennen könnte.

Dr. iur. Alexander Sommer